

V-47 G20 in Hamburg: Gerechte Globalisierung statt Gipfel Show

Antragsteller*in: Barbara Unmüßig (KV Charlottenburg Wilmersdorf)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

1 G20 in Hamburg: Gerechte Globalisierung statt Gipfel Show

2 Deutschland hat im Jahr 2017 die Präsidentschaft der »Gruppe der zwanzig wichtigsten
3 Industrie- und Schwellenländer« (G20) inne und richtet das Gipfeltreffen in Hamburg aus.

4 Wir Grüne mobilisieren zum G20-Gipfel und wollen diesen kritisch und konstruktiv begleiten.
5 Vor Ort wollen wir die Austragung so mitgestalten, dass sie grüner Politik gerecht wird. Die
6 G20 sind nicht die Vereinten Nationen. Aber angesichts der vielfältigen sich
7 überschneidenden und bedingenden Krisen begrüßen wir es, wenn wirtschaftlich starke Länder
8 zusammenkommen, um über eine andere Art des Wirtschaftens zu beraten. Denn diese 20 Länder
9 halten gleich mehrere Hebel in der Hand, um die strukturellen Ursachen von Klimakrise,
10 sozialer Ungleichheit, globaler Ungerechtigkeit und millionenfacher Flüchtlingstragödie
11 anzugehen. Dafür braucht es weltweit ein Vielfaches an grünen Investitionen und einen
12 massiven Abbau umweltschädlicher Subventionen. Bei beidem steht Deutschland unter Kanzlerin
13 Merkel auf der Bremse.

14 In den G20 sind im Gegensatz zu dem kleinen Club der G7/G8 führende Industrienationen und
15 die wichtigsten Schwellenländer sowie die verschiedenen Weltregionen vereint. Das ist ein
16 Schritt in die richtige Richtung. Die Mitgliedsstaaten repräsentieren gemeinsam zwei Drittel
17 der Weltbevölkerung und sind für mindestens drei Viertel der globalen Treibhausgasemissionen
18 sowie mehr als vier Fünftel des globalen Bruttoinlandsprodukts verantwortlich. Aber die G20
19 sind nicht nur die größten Produzenten und Verbraucher von Kohle, Öl und Gas, sondern sie
20 sind auch diejenigen, die in der Entwicklung von grünen und erneuerbaren Technologien
21 Weltspitze sind. Aus dem Kreis der G20 können wichtige Impulse für eine globale sozial-
22 ökologische Transformation im Sinne der globalen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen
23 (SDGs) kommen, für einen fairen Handel, für einen anderen Konsum und eine andere Art zu
24 wirtschaften. Deutschland kommt dabei mit der G20-Präsidentschaft 2017 eine herausragende
25 Verantwortung zu.

26 Wir kritisieren allerdings, dass die G20 eine rein informelle Nebenstruktur in der
27 Weltpolitik darstellen und damit dem schleichenden Wandel hin zu einer Club-Diplomatie
28 Vorschub leisten. Die Vereinten Nationen bleiben das Forum zur Entwicklung völkerrechtlicher
29 Normen, zur Erarbeitung politischer Lösungen und sind gleichzeitig der Akteur, um diese
30 umzusetzen und zu überwachen. Keine andere Institution in der Welt besitzt mehr Legitimität
31 als die VN. Darum streben wir langfristig eine Kontrolle der G20 durch die Weltgemeinschaft
32 und eine Rückanbindung an die VN an.

33 Hamburg darf nicht zur Festung werden

34 Bei dem G20 Gipfel in Hamburg wird mit einer Teilnahme von voraussichtlich 34 Delegationen
35 mit über 6.000 Delegierten, mehr als 3.000 Medienvertreterinnen und -vertretern sowie
36 mehreren tausend Sicherheitskräften gerechnet. Die Gipfeltreffen in Heiligendamm und Elmau
37 haben gezeigt: Immer wieder werden durch enorme Sicherheitsvorkehrungen Grundrechte,
38 insbesondere das Recht auf Demonstrationsfreiheit massiv eingeschränkt. Wir Grüne fordern,
39 dass Deutschland und Hamburg aus der berechtigten Kritik an den Gipfeltreffen der
40 Vergangenheit Konsequenzen ziehen. Hamburg darf nicht zum Hochsicherheitstrakt werden.

41 Im Jahr seiner Präsidentschaft trägt Deutschland die Verantwortung, den Gipfel in der
42 Bundesrepublik auszurichten. Zu keinem Zeitpunkt haben wir als Grüne jedoch die Idee
43 verfolgt, ihn nach Hamburg zu holen. Nun legen wir aber hohe bürgerrechtliche Ansprüche an
44 die Austragung an. Die Gewährleistung der Infrastruktur und der Sicherheit für den G20-
45 Gipfel ist eine große Herausforderung für Hamburg und ist mit erheblichem Aufwand verbunden.
46 Die Sicherheit der vielen hochrangigen Gäste wie auch der Bevölkerung ist selbstverständlich
47 und ist unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit zu gewährleisten. Der Gipfel wird in Mitten
48 Hamburgs stattfinden; die Messehallen liegen im belebten Karolinenviertel, nur wenige
49 hundert Meter entfernt der Roten Flora. Die Wahl des Veranstaltungsortes wird von vielen
50 Anwohner*innen massiv kritisiert. Zurecht befürchten Sie Einschränkungen in ihrem Alltag,
51 beim Schulweg oder wenn sie Besuch bekommen möchten. Sie machen sich Sorgen, dass ihre
52 Mobilität im Stadtteil massiv eingeschränkt wird. Von einigen wird die Wahl des
53 Veranstaltungsortes als politische Provokation gesehen. Wir GRÜNE halten diesen
54 Veranstaltungsort ebenfalls für ungeeignet. Aufgrund der innenstädtischen Lage sowie der zu
55 befürchtenden Einschränkungen und Auflagen müssen Anwohner*innen frühzeitig und umfassend
56 über ihre Situation während des Gipfels und die örtlichen Planungen informiert werden.

57 Das öffentliche Leben muss in der Stadt auch während des Gipfels weitergehen. Die
58 öffentliche Infrastruktur ist für Hamburg essentiell, die Einschränkung der Mobilität der
59 Hamburgerinnen und Hamburger sind daher auf das unbedingte Mindestmaß zu begrenzen.
60 Öffentliche Einrichtungen müssen auch während des Gipfels zugänglich bleiben sowie die
61 Mobilität und die Bewältigung des alltäglichen Lebens für die Anwohner*innen sichergestellt
62 werden.

63 Wir Grüne lehnen es ab, wenn im Zuge großer und sicherheitsrelevanter Veranstaltungen etwa
64 ein Ausbau von Videoüberwachung gefordert wird. Wir sind der Auffassung, dass die
65 bestehenden Befugnisse der Sicherheitsbehörden ausreichend sind und aus Anlass des Gipfels
66 keiner Ausweitung bedürfen. Sofern zusätzliche polizeiliche und technische
67 Sicherheitsvorkehrungen nötig werden, sollen sich diese auf den Zeitraum des Gipfels
68 beschränken.

69 Demokratischer Protest gehört dazu

70 Die Öffnung des G20 Gipfels gegenüber der Zivilgesellschaft weiter voran zu treiben und den
71 Dialog mit der Zivilgesellschaft aktiv zu befördern, ist aus Grüner Sicht zentral. Mit
72 Outreach-Prozessen wie "Civil20", "Youth20", "Women20", "Think Tank 20", "Labour 20" und
73 "Business20" können Deutschland und Hamburg zeigen, dass die Zivilgesellschaft und andere
74 nichtstaatliche Akteure wichtige Beiträge leisten bei der Lösung globaler Probleme und
75 deshalb gleichberechtigt einbezogen werden müssen. Ein G20-Gipfel in Deutschland bietet die
76 Gelegenheit Raum für diskursive und konsensbildende Prozesse zwischen Wissenschaft,
77 Wirtschaft, Politik sowie den Akteuren der Zivilgesellschaft zu schaffen.

78 Auch während des Gipfels muss die Möglichkeit bestehen bleiben, sich kritisch zu dem Gipfel
79 und dessen Themen äußern zu können. Deutschland und Hamburg sind verpflichtet, diesen Raum
80 für demokratischen und friedlichen Protest zu gewährleisten. Gemäß der Rechtsprechung des
81 Bundesverfassungsgerichts gilt, dass Protest in Sicht- und Hörweite des Adressaten
82 ermöglicht werden muss. Protest in Form von Demonstrationen und Gegenveranstaltungen ist
83 Ausweis gelebter Demokratie. Sicherheit unter Wahrung der Grundrechte herzustellen, ist auch
84 ein demokratisches Signal an die autokratischen Staaten der G20 und in einer Zeit in der
85 weltweit die Rechte von Zivilgesellschaft durch NGO-Gesetze immer stärker eingeschränkt
86 werden.

87 Das Vertrauen in die internationale Politik zurückgewinnen

88 Leider sind die vollmundigen Versprechen der G20 in der Vergangenheit allzu oft gebrochen
89 worden. Immer wieder betonen die G20 ihre Entwicklungsagenda. Aber aus dem G20-Club hat
90 bislang nur Großbritannien das Versprechen eingelöst, 0,7 Prozent seiner Wirtschaftsleistung
91 in Entwicklungszusammenarbeit zu investieren. Deutschland bricht diese Versprechen ein ums
92 andere Jahr. Stattdessen will die Bundesregierung mehr für das Militär ausgeben. Dieser
93 Unterschied zwischen Ankündigungen und Taten trägt dazu bei, dass bei immer mehr Menschen
94 das Vertrauen in die Lösungskompetenz und den Lösungswillen von Politik erschüttert wird.

95 Wir begrüßen, dass China und die USA im Rahmen des G20-Gipfels von Hangzhou die
96 Ratifizierung des Pariser Klimaabkommens von 2015 bekannt gegeben haben. Dies ist ein
97 bedeutender, wenn auch nur ein erster Schritt dahin, die globale Erwärmung auf deutlich
98 unter 2 Grad – möglichst sogar auf 1,5 Grad – zu begrenzen. Trotzdem blieb der Gipfel im
99 Ergebnis noch hinter den ohnehin niedrigen Erwartungen zurück. So konnten die G20 sich nicht
100 auf konkrete Zusagen für die Verringerung von Treibhausgasen einigen. Es bleibt weiter beim
101 Lippenbekenntnis zum Abbau von fossilen Subventionen ohne klares Enddatum. Beim blinden
102 Plädoyer für mehr Wirtschaftswachstum ist die Nachhaltigkeit aus dem Blick geraten.

103 Mehr Gleichheit – Die globalen Steuersümpfe austrocknen

104 Eine zentrale Herausforderung für die G20 ist die wachsende globale Ungleichheit. 62
105 Personen besitzen gemeinsam so viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung, soviel wie
106 3,5 Milliarden. Riesige Vermögen werden zunehmend über internationale Strukturen an
107 nationalen Finanzbehörden vorbeigeschleust und in den Steuersümpfen der Welt angelegt.
108 Bereits 2009 auf ihrem Treffen in London verabredeten die Regierungschefs eine Initiative
109 zur Bekämpfung solcher Steuersümpfe. 2016 wurde der Welt durch die Panama-Papers ein
110 weiteres Mal, nach den Offshore-Leaks 2013, den Lux-Leaks 2014 und den Swiss-Leaks 2015, das
111 Ausmaß der globalen Steuerbetrügereien unter anderem durch die Staatschefs selber vor Augen
112 geführt. Seit 2009 konnten die G20 keine nennenswerten Fortschritte im Kampf gegen
113 Steuerbetrug und der Steuervermeidung von multinationalen Konzernen erreichen. Auch
114 Deutschland blockierte 2015 auf dem Finanzierungsgipfel von Addis Abeba die Einrichtung
115 einer internationalen Steuerkommission unter dem Dach der VN. Der Schaden für die
116 Steuerzahler*innen in Europa ist immens. Die sogenannten Entwicklungsländer verlieren
117 geschätzt sogar für jeden Euro an Investitionen zwei Euro durch teils illegale
118 Kapitalabflüsse ins Ausland. Die globale Steuerarchitektur verhindert somit auch den sozial-
119 ökonomischen Aufbau in den Entwicklungsländern.

120 Wir fordern die Bundesregierung auf, ihre Blockadehaltung aufzugeben und sich im Rahmen der
121 G20 für ein international verbindliches Regelwerk einzusetzen, das Mindeststandards für
122 Unternehmen und Staaten setzt. Banken und Kanzleien müssen die Geschäfte mit unkooperativen
123 Ländern verboten werden und internationale Konzerne sollen ihre Gewinne nach Ländern
124 aufschlüsseln.

125 Finanzwende für krisenfeste und nachhaltige Finanzmärkte

126 Der Regulierung des Finanzsektors kommt innerhalb der G20 eine besondere Rolle zu, denn die
127 Art und Weise wie wir unsere Finanzmärkte organisieren ist eine zentrale Ursache für
128 wachsende Ungleichheit, Wirtschaftskrisen und Umweltzerstörung. Neun Jahre nach der
129 Finanzkrise sind Millionen Menschen noch immer ohne Arbeit. Extremismus gedeiht, der
130 gesellschaftliche Zusammenhalt bröckelt, in Europa und andersorts. Die Zentralbanken fluten
131 die Märkte mit Liquidität, der Finanzsektor bläht sich weiter auf, Steuersümpfe florieren,
132 die Ungleichheit nimmt zu. Vermögen auf der einen und Schulden – private wie staatliche –
133 sind zwei Seiten derselben Medaille. Die nächste große Krise zeichnet sich ab.

134 Haben wir aus der letzten Krise etwa nichts gelernt? Es hat sich natürlich einiges getan,
135 aber leider oft nicht konsequent oder sogar kontraproduktiv. 34.019 Seiten neue
136 Finanzmarktregulierung machen die Finanzwirtschaft nicht sicher. Sie erzeugen extrem viel
137 Bürokratie und unnötige Komplexität. Einfachere, aber härtere und konsequentere Regeln wären
138 eine deutlich bessere Antwort. Daher fordern wir die Finanzwende für krisenfeste und
139 nachhaltige Finanzmärkte. Wichtig ist dabei Regeln und Mechanismen zur Lösung von Krisen zu
140 etablieren, bevor diese auftreten, statt erst in der Krise Feuerwehr zu spielen.

141 Formal haben sich die G20 den Nachhaltigen Entwicklungszielen der Vereinten Nationen
142 verpflichtet. Doch bisher fehlt eine konkrete Umsetzungsstrategie auch für die Finanzmärkte.
143 Es braucht endlich eine stärkere Regulierung und die Umsetzung der bereits gefassten
144 Beschlüsse. Doch je weiter die letzte Finanzkrise zurückliegt, desto geringer wird die
145 Bereitschaft, effektiv zu regulieren. Die halbherzigen Regulierungsansätze bleiben
146 Stückwerk. Darin liegt ein großes Risiko für erneute Finanzcrashs.

147 Wir fordern die Bundesregierung auf, die G20-Präsidentschaft dafür zu nutzen, eine
148 Neuausrichtung der Finanzmärkte voran zu treiben. Es muss verhindert werden, dass erneute
149 Bankschulden zu Staatsschulden werden, nur weil diese Banken für ihr Eigenkapital, aber auch
150 für eine ganze Volkswirtschaft zu groß sind. Wir brauchen deshalb eine Schuldenbremse mit
151 eingebauter Größenbremse für Banken, die ein drastisch höheres Eigenkapital bei Banken
152 vorschreibt. Hinzukommen muss die Trennung der Bankgeschäfte zwischen dem Handelsgeschäft
153 und dem Einlagengeschäft, sowie ein Verbot des Eigenhandels. Und es braucht endlich ein
154 Staaten-Insolvenz-Recht, damit zahlungsunfähige Staaten nicht mehr das globale Finanzsystem
155 sowie die staatlichen Gemeinwesen ins Chaos stürzen.

156 Für das Gelingen der Finanzwende sind transparente Informationen über die ökologische
157 Auswirkung der Kapitalflüsse eine notwendige Voraussetzung. Das erkennt nun sogar die
158 Bundesregierung, nachdem sie das Thema jahrelang ignoriert hatte. Erstmals schrieb das
159 Bundesministerium der Finanzen in seinem Monatsbericht vom August 2016: „Erst wenn die
160 Klimarisiken im Finanzsektor ausreichend transparent und verstanden sind, können sie richtig
161 eingepreist werden.“ Besser spät als nie. Doch in der Gesetzgebung spiegelt sich das in
162 Deutschland bisher nicht wider. Die Bundesregierung widersetzt sich einer klaren
163 gesetzlichen Pflicht zum Ausweis von CO₂-Emissionen. So wird Deutschland international nicht
164 erfolgreich für Klimaschutz werben können.

165 Unter der G20-Präsidentschaft Chinas erarbeitete die Green Finance Study Group wertvolle
166 Empfehlungen. Wir wollen, dass die Bundesregierung ihre Präsidentschaft nutzt, die
167 Implementierung dieser Empfehlungen voranzutreiben. Als erstes muss geregelt werden, wie
168 Banken und andere institutionelle Investoren die Umweltwirkung ihrer Kapitalanlage erfassen
169 und offenlegen müssen. Im Klimabereich muss transparent werden, wieviel Geld noch in
170 treibhausgasintensive Sektoren fließt und welche Anlagerisiken damit verbunden sind.

171 Außerdem reicht es nicht, nur bessere Regeln zu setzen. Es ist noch wichtiger, die großen
172 makroökonomischen Ungleichgewichte anzugehen. Es wird viel zu wenig investiert im Vergleich
173 zu den vielen Ersparnissen, die eine Anlage suchen. Das ist die zentrale Ursache der hohen
174 Arbeitslosigkeit, der niedrigen Zinsen und der großen Risiken am Finanzmarkt.

175 Mehr grüne Investitionen und Ausstieg aus den umweltschädlichen Subventionen

176 Wir müssen wieder mehr investieren. Das Pariser Klimaabkommen hat eine riesige
177 Investitionslücke für den ökologischen Umbau unserer Wirtschaft, für klimafreundliche
178 Infrastruktur und Energieversorgung identifiziert. Damit die Ersparnisse ihren Weg zu den
179 besten Investitionsmöglichkeiten finden, brauchen wir gut funktionierende Finanzinstitute,
180 Banken, Versicherungen und Finanzmärkte.

181 Wer klimaschädliche Subventionen streicht, könnte viel Kapital für nachhaltige Investitionen
182 freimachen. Daher einigten sich die G20 beim Gipfel 2009 – und seitdem in jeder weiteren
183 Gipfelerklärung – auf den Ausstieg aus Subventionen für fossile Energieträger. Ende 2015
184 beliefen sich jedoch laut einem Bericht des Overseas Development Institute die Subventionen
185 der G20-Staaten auf 444 Milliarden USD pro Jahr, vier Mal so viel wie die globalen
186 Subventionen für Erneuerbare Energien. Die Allianz-Versicherung hat bei den G20-Staaten
187 gerade eine wachsende Investitionslücke bei Erneuerbaren Energien angemahnt. Bisher fehlt
188 die Infrastruktur für die Umsetzung des Klimaabkommens.

189 Wir fordern für die deutsche G20-Präsidentschaft Kohärenz. Die Beschlüsse zu Finanzen,
190 Entwicklung und Infrastruktur müssen mit den Zielen der Agenda 2030 und des Pariser
191 Abkommens in Einklang gebracht werden. Darum soll Deutschland bereits vor dem Gipfel in
192 Hamburg seine langfristige Strategie für treibhausgasneutrale Entwicklung vorlegen. Nur so
193 kann echte Dekarbonisierung bis zur Mitte des Jahrhunderts gelingen. Nur so kann
194 Deutschland, die weiteren G20-Staaten darauf drängen, bis spätestens 2018 eigene Pläne
195 vorzulegen. Zentral ist dafür die Beendigung der umweltschädlichen Subventionen für fossile
196 Energieträger bis 2020, um sicherzustellen, dass auf dem Markt endlich die wahren
197 Umweltkosten dargestellt werden. Gleichzeitig braucht es die Einführung von Steuern, Abgaben
198 oder Mindestpreisen für fossile Energieträger sowie den Einsatz für De-Investitionen aus
199 fossilen Energieträgern. Diese Maßnahmen müssen verbunden werden mit grünen Investitionen.

200 Nur wenn die G20 an diesen Hebeln ansetzen, können sie zu einem Wandel hin zu einer
201 sozialeren und grüneren Welt beitragen. Dafür streiten wir GRÜNE international, im Bund und
202 in Hamburg beim Gipfel.

Begründung

2017 wird Deutschland die Präsidentschaft der G20 inne haben und den G20-Gipfel am 7. und 8. Juli in Hamburg ausrichten. Die Regierung wird diesen Anlass für sich als große Gipfelshow ausschlichten, und das kurz vor der Bundestagswahl.

Wir Grüne stehen den G20 kritisch gegenüber, tragen die darin organisierten Staaten doch eine Hauptverantwortung für zahlreiche globale Krisen. Gleichzeitig haben diese Staaten auch entscheidende Hebel in der Hand für die dringend notwendige sozial-ökologische Transformation.

Wir Grüne werden darum zum Gipfel mobilisieren, ihn sehr kritisch begleiten und klare Forderungen an die Gipfelteilnehmer*innen stellen.

Weitere Antragsteller*innen

Jürgen Trittin (KV Göttingen); Anna Gallina (KV Hamburg-Eimsbüttel); Frederik Landshöft (KV Krefeld); Katharina Fegebank (KV Hamburg-Nord); Michael Kellner (KV Pankow); Claudia Roth (KV Augsburg); Gerhard Schick (KV Mannheim); Annalena Baerbock (KV Potsdam); Anton Hofreiter (KV München-Land); Clara Herrmann (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Michael Gwosdz (KV Hamburg-Altona); Simone Peter (KV Saarbrücken); Reinhard Bütikofer (KV Berlin Mitte); Sara Nanni (KV Münster); Frithjof Schmidt (KV Bochum); Anja Hajduk (KV Hamburg-Nord); Anjes Tjarks (KV Hamburg-Altona); Uwe Kekeritz (KV Neustadt-Aisch/Bad Windsheim); Manuel Sarrazin (KV Harburg-Stadt)